

Stand: 24.06.2026 03:24:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17885

"Antisemitismusprävention an Bayerns Schulen stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17885 vom 21.09.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19057 des BI vom 12.10.2021
3. Beschluss des Plenums 18/19321 vom 01.12.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 01.12.2021



Antrag

der Abgeordneten **Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Michael Busch, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster, Ruth Waldmann SPD**

Antisemitismusprävention an Bayerns Schulen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Aktivitäten im Hinblick auf die Prävention von Antisemitismus an Bayerns Schulen zu verstärken:

1. Die Geschichte der jüdischen Kultur in Bayern und Deutschland muss stärker in der historischen Bildung an den Schulen verankert werden.
2. Die Lehrkräfte in Bayern müssen ausreichend Fortbildungsangebote erhalten, die ihnen helfen, Situationen zu meistern, in denen sie mit antisemitischen oder antiisraelischen Ressentiments konfrontiert werden und reagieren müssen.
3. Die Möglichkeiten der direkten Begegnung mit Israel müssen quantitativ und qualitativ für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte deutlich ausgeweitet werden.

Begründung:

Jede sechste antisemitische Straftat, die 2020 in Bayern begangen wurde, wurde von einem Jugendlichen verübt. Wie die Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion auf der Drs. 18/15417 zeigt, gab es 2020 353 judenfeindliche Straftaten. Die jüngsten Straftäter waren sogar nur zwölf Jahre alt. Das ist ein erschreckender Befund. Es sind schon lange nicht mehr die Ewiggestrigen allein, die Hass und Parolen gegen Juden verbreiten. Das Durchschnittsalter der Täterinnen und Täter liegt bei 38 Jahren. Etwa die Hälfte der Delikte 2020 wurde im Internet begangen (185). Die Anzahl der Straftaten ist insgesamt stark angestiegen, von 25 im Jahr 2013 auf 187 im vergangenen Jahr. Die Staatsregierung muss daher ihre Bemühungen verstärken, dem Antisemitismus entgegenzuwirken, und der Präventionsarbeit an den Schulen mehr Gewicht einräumen.

Jüdische Geschichte in Bayern und Deutschland muss bereits deutlich früher in den Lehrplänen der historischen Bildung an Bayerns Schulen vorgesehen sein. Eine Verkürzung auf die Geschichte der Juden als Opfer des Holocausts bedient Stereotype und wird der großen Rolle der jüdischen Gemeinschaften für die Entwicklung Bayerns nicht gerecht.

Lehrkräfte in Bayern fühlen sich oft ohnmächtig, wenn sie in ihrem Arbeitsalltag antisemitischen oder antiisraelischen Ressentiments begegnen. Sie erkennen, dass sie nicht wegschauen können, wenn in Äußerungen doppelte Standards an den Staat Israel angelegt werden, einer Delegitimierung des Staates das Wort geredet wird oder ihnen eine Dämonisierung der Juden begegnet. Die Vorbereitung auf diese nicht einfachen Situationen im Unterricht muss in der Lehrerbildung und -fortbildung eine wesentlich größere Rolle einnehmen als bisher.

Der Abschluss der bayerisch-israelischen Bildungspartnerschaft ist ein erster Schritt gewesen, der direkte Kontakte für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler ermöglicht. Eine Weiterentwicklung dieses Programms hinsichtlich zusätzlicher Elemente, die Wissen und Erfahrung mit Israel erhöhen, ist gerade für Lehrkräfte anzustreben.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher
u.a. SPD
Drs. 18/17885**

Antisemitismusprävention an Bayerns Schulen stärken

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Margit Wild**
Mitberichterstatter: **Dr. Ludwig Spaenle**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 30. September 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: 5 Ablehnung, 1 Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 12. Oktober 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 12. Oktober 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Ablehnung
- Ablehnung empfohlen.

Markus Bayerbach
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Michael Busch, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster, Ruth Waldmann**
SPD

Drs. 18/17885, 18/19057

Antisemitismusprävention an Bayerns Schulen stärken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über zwei Anträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion gesondert abzustimmen.

Zunächst lasse ich über den Antrag betreffend "Antisemitismusprävention an Bayerns Schulen stärken" auf Drucksache 18/17885 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die AfD. Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Damit komme ich zur Abstimmung über den Antrag betreffend "Expertinnen- bzw. Expertenanhörung zum Thema ‚Mögliche Reform des Landeswahlgesetzes, insbesondere beabsichtigtes Abstellen auf die Wahlberechtigten und damit weg vom Maßstab der deutschen Hauptwohnbevölkerung einschließlich der Minderjährigen bei der Zuteilung der Mandate an die Wahlkreise und bei der Stimmkreiseinteilung“ auf Drucksache 18/18388. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion selbst. Sonst sehe ich keine weiteren Stimmen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthal-

tungen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind fast alle. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Niemand. Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten und nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. Oktober 2021 (Vf. 55-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 3, 3 a der Vierzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (14. BayIfSMV) vom 1. September 2021 (BayMBI. Nr. 615, BayRS 2126-1-18-G), die zuletzt durch §§ 1 und 2 der Verordnung vom 14. Oktober 2021 (BayMBI. Nr. 733) geändert worden ist

PII-G1310.21-0022
 Drs. 18/19199 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Norbert Dünkel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Parkerleichterungen auch für Eltern von Kindern mit einer Behinderung
Drs. 18/17537, 18/19059 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Christian Klingen und Fraktion (AfD)
Den „Weißen Stee“ an den historischen Ländergrenzen zwischen Baden, Württemberg und Bayern angemessen würdigen
Drs. 18/17720, 18/19166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron AfD
Evaluation der Entwicklung von in der Pandemie geborenen Kindern
Drs. 18/17776, 18/19060 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Tradition erhalten, Unternehmen retten und Arbeitsplätze sichern:
Volksfeste sofort wieder zulassen
Drs. 18/17941, 18/18503 (E)

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

12. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Keine Gender-Sprachregeln an Hochschulen in Bayern!
Drs. 18/18029, 18/19167 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Bayerischen Nachhaltigkeitstoken „Ökotoken“ umsetzen
Drs. 18/18031, 18/19178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Heimisches Kulturgut erhalten, Kommunen Leitplanken für den Winter geben: Weihnachtsmärkte wieder ermöglichen
Drs. 18/18052, 18/18505 (E)

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schnelle Hilfe für Menschen aus Afghanistan
Drs. 18/18054, 18/19039 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Rationale und bürgerorientierte Energiepolitik:
Energiepreise sofort senken – Stromsteuer auf EU-Mindestsatz absenken, CO₂-Steuer streichen, EEG abschaffen
Drs. 18/18260, 18/19179 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schwimmfähigkeit in Bayern stärken –
ohne Lehrkräfte kein Schwimmunterricht
Drs. 18/18381, 18/19176 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fluchtwege sicherstellen
Drs. 18/18384, 18/19040 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Expertinnen- bzw. Expertenanhörung zum Thema „Mögliche Reform des Landeswahlgesetzes, insbesondere beabsichtigtes Abstellen auf die Wahlberechtigten und damit weg vom Maßstab der deutschen Hauptwohnbevölkerung einschließlich der Minderjährigen bei der Zuteilung der Mandate an die Wahlkreise und bei der Stimmkreiseinteilung“
Drs. 18/18388, 18/19041 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

